



Knappschaft Bahn See

**750**

Jahre Knappschaft.  
Soziale Verantwortung  
zu jeder Zeit.

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See • 44781 Bochum

Bundesversicherungsamt  
Herrn Dr. Dirk Göppfarth  
Friederich-Ebert-Allee 38  
53113 Bonn

Bundesversicherungsamt	
Eing.	18. März 2011
Ablg.	VII 2 Anl. 3



Deutsche  
Rentenversicherung

Deutsche Rentenversicherung  
Knappschaft-Bahn-See  
Dez. IV.4

Königsallee 175  
44799 Bochum  
Tel. 0234 304 - 0  
www.kbs.de

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/Unsere Nachricht vom  
Dez. IV.4/Ho031501

Ihr Ansprechpartner  
Dr. Andreas Hofer  
Tel. 0234 304 - 44004  
Fax 0234 304 - 944000  
andreas.hofer@kbs.de

Bochum, 15. März 2011

## Aktualisierte Stellungnahme der KBS zum Klassifikationsmodell für das Ausgleichsjahr 2011

Sehr geehrter Herr Dr. Göppfarth,

anbei senden wir Ihnen unsere aktualisierte Stellungnahme zum Klassifikationsmodell 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsführung

I. A.

Held  
Abteilungsleiter

### Anlage

IK 1099 0500 3

SEB AG Bochum  
Deutsche Bank AG Bochum  
Commerzbank AG Bochum  
Dresdner Bank AG Bochum  
Sparkasse Bochum  
Deutsche Postbank AG Dortmund

Konto 1 173 334 400  
Konto 1 608 645  
Konto 1 065 200  
Konto 802 018 600  
Konto 1 300 474  
Konto 2 886 462

BLZ 430 101 11  
BLZ 430 700 61  
BLZ 430 400 36  
BLZ 430 800 83  
BLZ 430 500 01  
BLZ 440 100 46

IBAN: DE52 4301 0111 1173 3344 00  
IBAN: DE52 4307 0061 0160 6645 00  
IBAN: DE35 4304 0036 0106 5200 00  
IBAN: DE80 4308 0083 0802 0188 00  
IBAN: DE27 4305 0001 0001 3004 74  
IBAN: DE67 4401 0046 0002 8864 62

BIC: ESSEDE5F430  
BIC: DEUTDE3303030  
BIC: COBADEFF430  
BIC: DRESDEFF430  
BIC: WELADED1BOC  
BIC: PBNKDEFF440

GKV-Spitzenverband  
Abteilung Systemfragen  
Mittelstr. 51  
10117 Berlin

- vorab per Fax -

Deutsche Rentenversicherung  
Knappschaft-Bahn-See  
Dez. IV.4  
Königsallee 175  
44799 Bochum  
Tel. 0234 304 - 0  
www.kbs.de

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen/Unsere Nachricht vom  
Dez. IV.4/Ho031001

Ihr Ansprechpartner  
Dr. Andreas Hoefel  
Tel. 0234 304 - 44004  
Fax 0234 304 - 944000  
andreas.hoefel@kbs.de

Bochum, 10. März 2011

## Aktualisierte Stellungnahme der KBS zum Klassifikationsmodell für das Ausgleichsjahr 2011

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,

im Vorfeld zu den Festlegungen nach § 31 Abs. 4 RSAV hat das Bundesversicherungsamt u.a. dem GKV-Spitzenverband die Möglichkeit gegeben, Kritik und Verbesserungsvorschläge zum aktuellen Klassifikationsmodell bis zum 1. April 2011 mitzuteilen. Mit Mail vom 18.01.2011 hat der GKV-Spitzenverband u.a. die KBS um ihre Anmerkungen gebeten.

Die KBS nimmt diese Gelegenheit zum Anlass, ihre bereits bei verschiedenen Anlässen vorgetragenen Bedenken hinsichtlich des gegenwärtigen Verfahrens der Zuweisungsermittlung für im Ausgleichsjahr verstorbene Versicherte wieder aufzugreifen.

### I. Ausgangssituation

Das Verfahren zur Ermittlung von Zuweisungen für verstorbene Versicherte wurde bereits bei den Anhörungen zu den Klassifikationsmodellen 2010 und 2011 thematisiert. Es hatte sich herausgestellt, dass es beim aktuellen Verfahren zu systematischen Unterdeckungen bei Erkrankungen mit hoher Mortalitätsrate kommt. Das Verhältnis von Zuweisungen zu tatsächlichen Ausgaben beträgt bei bösartigen Neubildungen der Atmungsorgane 71%, bei bösartigen Neubildungen der Knochen 80 % und bei Demenz sowie Morbus Parkinson jeweils 89% (vgl. Erläuterungen zu den Festlegungen zum Jahresausgleich 2010, Abschnitt 18.2, S.107 ff.). Für die verstorbenen Versicherten in ihrer Gesamtheit beträgt das Verhältnis lediglich 29%.

#### IK 1099 0500 3

SEB AG Bochum  
Deutsche Bank AG Bochum  
Commerzbank AG Bochum  
Dresdner Bank AG Bochum  
Sparkasse Bochum  
Deutsche Postbank AG Dortmund

Konto 1 173 334 400  
Konto 1 608 645  
Konto 1 055 200  
Konto 802 018 800  
Konto 1 300 474  
Konto 2 886 462

BLZ 430 101 11  
BLZ 430 700 61  
BLZ 430 400 36  
BLZ 430 800 83  
BLZ 430 500 01  
BLZ 440 100 46

IBAN: DE52 4301 0111 1173 3344 00  
IBAN: DE52 4307 0061 0160 8645 00  
IBAN: DE35 4304 0036 0106 5200 00  
IBAN: DE80 4308 0083 0802 0188 00  
IBAN: DE27 4305 0001 0001 3004 74  
IBAN: DE67 4401 0046 0002 8864 62

BIC: ESSEDE5F430  
BIC: DEUTDEDE430  
BIC: COBADEFF430  
BIC: DRESDEFF430  
BIC: WELADED1BOC  
BIC: PBNKDEFF440

Diese Erkenntnisse hatten den wissenschaftlichen Beirat und das BVA dazu bewogen, bereits für das Ausgleichsjahr 2010 eine Verfahrensänderung vorzuschlagen: Bei den Zuweisungen für im Ausgleichsjahr verstorbene Versicherte sollte nun unabhängig von den tatsächlichen Versichertenzeiten stets der volle Zuschlag geleistet werden. Der GKV-Spitzenverband hatte allerdings diesen Vorschlag abgelehnt mit der Begründung, dass hiermit eine Sonderbehandlung verstorbener Versicherter gegeben sei, die nicht durch die gesetzlichen Vorgaben gemäß § 268 Abs.1 SGB V gedeckt sei.

In der Konzeption zum Klassifikationsmodell 2011 hingegen ist ein Beschluss des wissenschaftlichen Beirats abgedruckt, in welchem er seinen bisherigen Vorschlag korrigiert. Die Forderung des Beirats, das Verfahren der Zuschlagsberechnung für Verstorbene zu korrigieren, bleibt bestehen, lediglich die Berechnungsweise ändert sich: Der Beirat empfiehlt nun bei der Annualisierung der Ausgaben die unterschiedslose Behandlung von überlebenden und verstorbenen Versicherten mit unvollständigen Versichertenepisoden. Dieses Verfahren stelle „das international übliche und von der gesundheitsökonomischen Wissenschaft empfohlene Verfahren“ dar.

Der GKV-Spitzenverband sah sich bislang nicht dazu in der Lage, ein eindeutiges Votum zu den gemachten Vorschlägen abzugeben. Vielmehr sollten die unterschiedlichen Argumente für und gegen eine Änderung der bestehenden Regelung methodisch und empirisch überprüft werden. Dabei sei auch die Alternative eines Hochrisikopools zu prüfen.

Das BVA hingegen verweist darauf, „sich der Problematik bewusst zu sein und eigene Vorschläge unterbreitet zu haben“, (vgl. Göppfarth, Schmidt: Die Berücksichtigung von Verstorbenen im morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, Barmer: Gesundheitswesen aktuell 2009), sieht aber von einer Änderung ab, da sich der GKV-Spitzenverband nicht eindeutig positioniert und den ursprünglich gemeinsamen Vorschlag von BVA und Beirat für das Klassifikationsmodell 2010 aus rechtlichen Bedenken verworfen hat.

## **II. Anmerkungen der KBS**

Die KBS verzichtet an dieser Stelle darauf, ihre bereits in der Stellungnahme zum Klassifikationsmodell 2011 vorgetragenen Argumente im einzelnen zu wiederholen. Wir erwarten, dass die Auswertungen des Jahresausgleichs 2009 die Unzulänglichkeit des aktuellen Verfahrens der Zuschlagsberechnung für Verstorbene bestätigen. Nach dem Abschluss eines vollständigen Ausgleichsjahres bietet sich nun die Möglichkeit, die Auswirkungen einzelner Maßnahmen konkret abzubilden. Wünschenswert wäre beispielsweise eine Aufstellung, die je HMG des Klassifikationssystems 2009 die Ausgaben, Zuweisungen und die jeweilige Mortalitätsrate auf GKV-Ebene darstellt. Dabei ist eine Korrelation einer hohen Mortalitätsrate mit den Unterdeckungen der Ausgaben durch die Zuweisungen zu erwarten. Darüber hinaus sollten nun für das Ausgleichsjahr 2009 die Verteilungswirkungen der drei unterschiedlichen diskutierten Varianten exakt zu berechnen sein. Damit wird erstmalig die Möglichkeit geschaffen, die Benachteiligung der Krankenkassen mit überdurchschnittlich hoher Mortalität konkret finanziell zu bewerten.

Die KBS erwartet nicht, dass die momentan diskutierte Ausweitung des Morbi-RSA auf das komplette Morbiditätsspektrum die Fehlzulassung für Verstorbene – bei Beibehaltung des gegenwärtigen Annualisierungsverfahrens – beheben kann. Wie schon in unserer Stellungnahme zum Klassifikationsmodell 2011 ausgeführt, prüft das gegenwärtige Regressionsverfahren nicht die Wirkung von Interaktionen zwischen HMG's unterschiedlicher

Hierarchien. Die HMG-Zuschläge werden vielmehr rein additiv ausbezahlt, ein Betrag, der ggf. die Eskalation des Ressourcenverbrauches bei Multimorbidität berücksichtigt, wird nicht ermittelt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine Berücksichtigung von Interaktionen methodisch sehr aufwändig und für die praktische Durchführung kaum geeignet ist, müssten doch neben den HMG-Zuschlägen an sich auch noch kombinierte Zuschläge ermittelt und ausgewiesen werden. Die Thematik der Interaktionen wird hier nur aufgegriffen um klarzustellen, dass eine Unterschätzung der Ausgaben für Verstorbene dem Regressionsverfahren inhärent ist und nur dadurch gemildert werden kann, dass auf die gegenwärtige Sonderbehandlung Verstorbener bei der Annualisierung der Ausgaben verzichtet wird.

Nach dem gegenwärtigen Sachstand ist der BVA-Vorschlag, die Ausgaben Verstorbener nicht zu annualisieren, aber für Verstorbene unabhängig von ihrem Todeszeitpunkt stets den vollen Zuschlag zu gewähren, rechtlich kaum umsetzbar. Hingegen hat der GKV-Spitzenverband in seiner Stellungnahme zum Klassifikationsmodell 2011 deutlich gemacht, dass er keine rechtlichen Bedenken gegen den Vorschlag des wissenschaftlichen Beirats hegt, die Ausgaben unterjährig verstorbener Versicherter wie die der übrigen unterjährig Versicherten zu annualisieren.

In der Tat stellt dieser Vorschlag die einzige der drei diskutierten Varianten dar, in der keine Sonderbehandlung für verstorbene Versicherte vorgenommen wird. Inwiefern der Vorschlag des wissenschaftlichen Beirats tatsächlich die gegenwärtige Fehlverteilung der Mittel im gegenwärtigen Morbi-RSA beseitigt, wird sich durch die o.g. Auswertungen im Rahmen des Jahresausgleichs 2009 zeigen.

Wir sind der Auffassung, dass es letztlich nicht zielführend sein kann, wenn vom GKV-Spitzenverband in dieser konfliktbeladenen Frage, die für eine Vielzahl von Krankenkassen von existentieller Bedeutung ist, ein Votum abverlangt wird, das die unterschiedlichen Interessen aller vertretenen Krankenkassen berücksichtigt.

Aus diesem Grund plädieren wir dafür, dass sich das BVA bei der anstehenden Entscheidung ausschließlich an den Empfehlungen des Beirats als neutrale, wissenschaftlich objektive Instanz orientiert. Zur Umsetzung einer solchen Empfehlung wäre es gegebenenfalls auch denkbar, eine Rechtsänderung anzustreben.

Die KBS spricht sich dafür aus, nach Abschluss der Auswertungen das Verfahren der Zuschlagsberechnung für Verstorbene einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Das BVA erhält einen Abdruck dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Die Geschäftsführung  
I. A.

Held  
Abteilungsleiter